

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Verleger: Die Königspaltene Buchdruckerei 25, Stellenseite 40 B.
Anzeigenannahme: in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Fehrerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Gebühre und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Bestellpreiser: Der Jahressubskriptionspreis 2,10 RM. von unseren Boten ins Haus gebracht 2,35 RM und durch den Briefträger 2,35 RM.

Bestellpreiser für monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Fehrerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 139.

Donnerstag, den 27. November 1919.

58. Jahrgang

Das Urteil der Geschichte.

Wie Deutschland in seinen Auseinandersetzungen mit der Entente sich für sein Recht auf das Urteil der Geschichte, das heißt einer unparteiischen auf den klaren Tatsachen fußenden Zukunft berufen hat, so hat das auch Ferdinand von Hinzburg vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Berlin für den Standpunkt der obersten Heeresleitung während des Krieges getan. Wir erleben daraus, wie das gewaltige Mißverständnis von 1914-1918 die Weltungen nicht nur aufgerollt, sondern auch durchdrungen gerollt hat. Es kommen so viele Gesichtspunkte in Betracht, daß erst die spätere Beurteilung das Richtige von dem Unwesentlichen trennen und an der Hand der Folgen feststellen kann, worauf es ankommt. Niemand wird es wagen, Hinzburg Entstellungen vorzuwerfen; nur was diesen wir nicht vergessen, daß der Soldat anders denkt, als der Politiker. Das war auch 1870-71 so, und daß damals Politik und Militärwesen zwei gleichwertige Herrscher besaßen, während jetzt die Politik des klaren Vorgesetzten und ihn auch nicht durch eine Verbindung mit der Obersten Heeresleitung herbeizuführen vermöge. Es heißt diesejenige Persönlichkeit, die einen autoritativen Willen hat!

Unsere Friedenspolitik vor 1914 hat verlangt! Dieser Ausdruck Hinzburgs ist unantastbar. Und sie mußte verlangen, weil bei uns der Sinn für die brutale Wirklichkeit im Ausland fehlte. Unsere leitenden Stellen sahen die Träger der fremden Staatsinteressen so, wie sich dieselben vorkommen, nicht wie diese im Innern, nicht wie sie durch die Schulung sind und heute noch nicht sind. Es wird immer noch an den aufrichtigen Friedenswillen Wilsons geklopft, obwohl doch ohne des Präsidenten schwebende Zustimmung die englische Hungerblockade gegen Deutschland niemals hätte einziehen, niemals auf der Verzicht auf die 14 Punkte hätte bestehen können, Deutschland war friedlich, aber die richtige Bestimmung ist uns niemals gebandt worden, auch von seinen „Bekanntern“, nicht, auf deren Einfluß der letzte Kaiser so sehr gebaut hat.

Die Macht- und Straßverhältnisse im Menschen, Munition und Waffen waren für uns bei Kriegsausbruch schon ungenügend, die verschlechterten sich später noch mehr. Deshalb hat sich die Oberste Heeresleitung demütigt, den Frieden so schnell wie möglich zu einem ersten vollen Frieden zu bringen, und sie hat auch den U-Bootkrieg als ein Mittel zu diesem Zweck betrachtet. Hätte das deutsche Volk aber bei Zeiten den vollen Geist der Lage gefaßt, so wären wohl jene geheime Instruktionen vermieden, die schließlich zu Zusammenstoß und Revolution führten. Der Zusammenstoß war bei uns sehr hart. Das er gelitten hat, daran war der Parteipolit nicht ohne Schuld. Aber dieser Parteipolit hätte sich nicht so entfalten können, wenn ein zielbewußter Führer vorhanden gewesen wäre. Wenn wir immer wieder auf diesen Mangel stoßen, so müssen wir indessen hinzufügen, daß es den Reichstagsparteien an Männern geseh, welche die Führung hätten führen und führen können. Wir brauchen uns nach keinem Staatsmann von der kalten Härte Clemenceaus zu sehnen, aber wir hatten nicht einmal eine von seiner Energie. Und Clemenceau war, bevor er Ministerpräsident wurde, einfacher Abgeordneter.

Wir wollen die folgenden Tatsachen zusammenstellen. Sie werden manchen der Leserung und der Einsicht näher bringen. Deutschland kam in den Krieg, weil ihm für seine Politik die richtige Beurteilung des Auslandes fehlte, das uns zum Teil politisch oder wirtschaftlich vernichten wollte. Es traute America zu lange und legte sich daher militärisch weiter fest, als seinen Kräften entsprach. Als der U-Bootkrieg zu werden begann, setzten auch die Wiener Industriemänner ein. Der Berichtsmittel der Entente wuchs, und bei uns vor und neben der revolutionären Agitation Gemütskur, Panikerei, Schleichhandel und Hunger. Uebigkeit und Hunger fanden gegenüber im Innern und äußeren Ernährung, Americas Hebermacht und der Zusammenstoß der Militären schloßen das Vertrauen, und als Wilson bei einer Wende der Staatsform einen milden Frieden in Aussicht stellte, kam die Revolution.

Frankreichs Maß.

Keine Bewandlung unserer Gefangenen vor Austausch des Friedens.
 Auf die deutsche Kriegsgefangenenliste am Frankreich, hat Clemenceau am 15. ds. Mts. in einer Note

geantwortet, die erst jetzt, nach über zehn Tagen, von der deutschen Regierung veröffentlicht wird. Der Grund dieser Verzögerung ist noch aufzuklären.

Die ihrem Inhalt nach unerhörte Note Clemenceaus schließt sich in ihrem ähnlischen Ton, in ihren gemeinen Anschuldigungen und Mißverständnissen allem, was besonders die französische Diplomatie sich bis jetzt uns gegenüber geleistet hat, würdig an, ja übertrifft manches noch. Die französische Note führt ein einziges nochmal den Inhalt der deutschen Note auf, die auf die tiefe seelische Erschütterung der Gefangenen und deren Familien hinweist und auf die menschlichen Empfindungen — es ist nicht wie Hinzburg, wenn Clemenceau sich so ausdrückt, der französischen Regierung appelliert, die andererseits auch die Tatsache der Heimförderung der in den Händen der anderen Alliierten befindlichen Gefangenen zur Begründung ihres Verlangens anführt.

Keine Erwägung vom Friedensvertrag.

Auf die von der deutschen Regierung angeführten Verprechungen der französischen Regierung eingehend, behauptet Clemenceau, die französische Regierung habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. — Dies ist nicht wahr, es ist auf deutsche Vorstellungen hin französischerseits geantwortet worden, daß sofort nach der Ratifizierung des Friedens mit den Vorbereitungen zum Rücktransport begonnen werden sollte. Von diesen Verprechungen ist allerdings nicht das geringste ausgeführt worden.

Der Hof Frankreichs ist zu groß.

Clemenceau kommt dann auf die Bewohnung Nordfrankreichs zu sprechen, an der ja schließlich wiederholt die höchsten Schauerwärdner der deutschen Fronten stehen. Die deutschen Gefangenen würden jetzt dazu verwendet, mit der Wiedererrichtung dieser „abgeschlachten Taten“ den Anfang zu machen. „Die tiefsten Gefühle des menschlichen Herzens sind zu gram verletzt worden, als daß eine Begünstigung wie die von Ihnen erbetene von der französischen öffentlichen Meinung zugelassen werden könnte.“

Vorwärts gegen Deutschland.

Dann werden gegen Frankreich die bekannten Vorwürfe erhoben, daß es die Bestimmungen des Friedensvertrages, denen es selbst zugestimmt habe, nicht erfüllt. Schon jetzt, bevor sie überhaupt damit befaßt worden sei, habe sich die deutsche Regierung außerstande erklärt, ihr Versprechen auf Herausgabe der Deutschen, die für die Neutralität im bestellten Gebiet verantwortlich seien, zu erfüllen. — Diese Mitteilung ist demnach besonders interessant, weil hier von der deutschen Öffentlichkeit bisher nichts bekannt war. — Wenn seine Alliierten ihre Gelangenen schon jetzt herausgeben, so glaube Frankreich, dem nicht widersprechen zu dürfen, doch keiner seiner Verbündeten sei in seinen Gefühlen und Interessen in tief verletzt worden, wie die Bewohner von Nordfrankreich.

Frankreich könne es diesen Unglücklichen nicht zumuten, die zu den ersten dringenden Wiederanforderungen herangezogenen Gefangenen, die übrigens materiell und moralisch gut behandelt würden (?), fortzulassen. Unmöglich, als noch keine Befreiung erreicht sei, unter welchen Bedingungen zivile deutsche Wehrkräfte Frankreich zur Verfügung gestellt werden sollten. Deutschland verlange die vorzeitige Erfüllung einer Vertragsbestimmung. Aber jedesmal, wenn ihm Maßnahmen zur leichteren Ausführung der Friedensbedingungen (?) nahegelegt würden, verzögere es sich hinter den Vorwand des Vertrages, so in Schleswig und in Ober-Schlesien, und erkläre, von seinem Recht bis zum letzten Gebrauch zu machen. Man bedenke, dies ist nicht der Vorwand, der Deutschland gemacht wird! — Clemenceau wirft den Deutschen dann vor, sie verzögerten sogar die Ausführungen des Waffenstillstandes. Er erinnert an Capa Fluv und an die Baltikumangelegenheit. Er schließt der deutsche Regierung sogar unter, daß sie mit ungenügender Geduld in Groß-Britannien und überall gegen die Verbündeten eine arglistige Propaganda betriebe (?). Die Note schließt mit den Worten:

Wir schulden Deutschland nichts als die genaue Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages, den es am Ende des erbarntungstodes Krieges angenommen hat, eines Krieges, den Deutschland den zivilisierten Völkern aufzuzwingen hat.

Die blutige Hohn wirkt am Schluß der Note die übliche diplomatische Höflichkeit: Gehen Sie, Herr Präsident, die Bestätigung meiner ausgezeichneten Hochachtung usw.

Die Verantwortung dieser Note wird, wie von zu länder Seite mitgeteilt wird, mit größter Besorgnis angesehen. Wie wäre es, wenn unsere Regierung sich nicht nur auf die sachliche Richtigstellung der umwahren und böswilligen Behauptungen Clemenceaus beschränkte, sondern den Spieß umdrehte und den Franzosen eine Gegenrechnung aufstellen würde, die die von den Franzosen tatsächlich verübten Verbrechen in das greifbare Licht stellte? Sie würde nicht zu unserer Unannehmlichkeiten ausfallen. Vor allem aber dürfen wir alle die Forderung auf unerschütterliche Herausgabe unserer Gefangenen nicht aufgeben, sondern jetzt mehr denn je und lauter als jemals muß der Ruf nach unseren Gefangenen ertönen. M. a.

Können wir mit dem Auslande noch konkurrieren?

Wenn man die Lohnverhältnisse vergleicht, dann nicht. Obentstehen Schrecken geradezu ruft eine amtlich italienische Lohnstatistik hervor. Danach fliegen u. a. die Mindestlöhne von 1. l. 1918 bis zum Juni 1919 folgendermaßen: Maurer von 0,45 bis 1,60 Lire (233 v. S.), Schreiner von 0,37-1,30 Lire (251 v. S.), Gerberei von 0,34-1,26 Lire (253 v. S.), Gendelanger von 0,32-1 Lire (212 v. S.), Buchbinder von 0,22 auf 0,75 Lire (251 v. S.), Latzwerker von 0,42 auf 1,60 Lire (212 v. S.), Schriftsteller von 0,65 auf 1,35 Lire (108 v. S.), Drucker von 0,35 auf 0,95 Lire (143 v. S.), Arbeiter von 0,32 auf 0,75 Lire (114 v. S.), Arbeiter von 0,31 auf 0,74 Lire (139 v. S.), Klempnermeister von 0,34 auf 0,80 Lire (135 v. S.), Fischer von 0,55 auf 1,40 Lire (135 v. S.). 1 Lire war vor dem Kriege soviel wie 1 Franc, also 80 Pfg. Wenn unsere Löhne da fortbestehen, können wir selbst bei ganz geringer Leistung der gegenseitigen „Italiener“ nicht konkurrieren.

Einkaufswesen schließt uns die Weltausweise.

Wir müssen uns ihretwillen die Rolle in Gold zahlen lassen, und das ergibt ungefähr daselbe Bild, das das Sinken der Weltaus, des Wertes unseres Geldes im Auslande, bedeutet. Das am 1. 8. in Kraft getretene Gesetz über die Entlohnung der Weltaus, welches bei der Entlohnung der Weltaus in deutscher Weltaus, der bei der Entlohnung eines Aufschlages vor, der von Finanzminister festgelegt wird. Dieser Aufschlag hat sich bisher wie folgt entwickelt:

3. 8. bis 9. 8.	240 v. S.
1. 9. „ 6. 9.	365 „
5. 10. „ 11. 10.	425 „
16. 11. „ 22. 11.	690 „

Aus diesen Aufschlüssen läßt sich erkennen, welchen Wert die Reichsregierung unserer Arbeiter, im Verhältnis zum Golde, noch beizumittelt. Der durch den Weltausstand mit dem Auslande ermittelte Wert ist bezeichnend, — wie jeden Tag die Weltausmacht über die Weltauswerte zeigt, — noch erheblich geringer; und dieser Weltausstand wirkt s. Zt. auch verhängnisvoll gegenüber dem Auslande, wenn auch nur in sehr geringem Grade; und die Weltausführung, daher unsere Konkurrenz weltausnehmend. Aber wenn unsere Weltaus eines Tages wieder höher geht und wenn dann unsere Arbeiter von der hohen Weltaus nicht ablassen wollen, dann wird der Augenblick kommen, wo wir außer Weltaus sind, Produkte unserer Arbeit ins Ausland zu verkaufen, die die Weltaus bei uns die Arbeiter zur Einsicht gebracht haben wird.

Unsere Gefangenen in Indien. Die Reichsregierung, die heimlich der in Indien befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen teils der englischen Regierung bereits vor einiger Zeit grundsätzlich genehmigt worden ist, verzögert sich der Weltausport leider immer noch durch Schwierigkeiten, die bei Befreiung des geeigneten Schiffsaumes zu überwinden sind. Inzwischen ist die britische Regierung durch die übliche neutrale Benennung gebeten worden, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die aus Gründen der Menschlichkeit den durch jahrelange Gefangenschaft körperlich und seelisch außert äusserst niedergedrückten deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Indien bis zu ihrem Weltausport in die Heimat möglichst Freiheit der Bewegung und sonstige, unflucht weltausreichende Erleichterungen ihres

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe
 bringen jährlich 50 Mark Sparzinsen, außerdem Bonus und Gewinne

Folles gebührt wird. Die Einrichtung der Dampf- für die Heimführung der Gefangenen aus Japan wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, so daß sich der Transport erst im Dezember und Januar ermöglichen lassen wird.

Kriegerverluste, Kriegergräber und Nachlass. Das Zentral-Nachweise-Bureau des ehemaligen preussischen Kriegsministeriums, das Zentral-Nachweise-Bureau des Reichs-Marineamts, die Nachweise-Bureau von Baden, Sachsen und Württemberg, die Zentral-Nachlassstelle und die Kriegergräberfürsorge-Abteilung des ehemaligen preussischen Kriegsministeriums sind zu einer dem Reichsministerium des Innern nachgeordneten Hilfsbehörde vereint worden, die fortan die Bezeichnung „Zentral-Nachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber“ führt. Die Abteilungen Baden, Sachsen, Württemberg, Marine und Zentral-Nachlass-Stelle bleiben in ihren bisherigen Verordnungen in München, Dresden, Stuttgart und Berlin. Die Zentrale des Zentral-Nachweiseamtes für Kriegerverluste und Kriegergräber, einschließlich Abteilung Preußen, befindet sich in Berlin N.W. 7, Doroteenstraße 48.

Beschaffungsbüchse für Pensionäre. Entsprechend den Grundrissen für die Zahlung einer einmaligen Beschaffungsbüchse an die im Rententatbestand befindlichen Pensionäre kann auch den pensionierten Offizieren und Beamtenden und ihren Hinterbliebenen diese Büchse in Höhe von 50 bis 100 v. H. der für je ein zu zahlendes Jahr bemittelt werden. Der eine laufende Kriegsbeschäftigte schon beantragt hat, braucht sein Gehalt nicht zu wiederholen, auch nicht, wenn es früher abgezogen worden ist. Wer dagegen noch keine laufende Kriegsbeschäftigte beantragt hat, die dies jedoch möglich ist (kurzer Antrag im Gegensatz zum langwierigen Antrag nicht mehr in vielen Monaten bei der Veranlassung des Veranlassungsdepartements, Berlin SW. 48, Berl. Hebenamt Nr. 10, ein, so darf die einmalige Beschaffungsbüchse nicht bemittelt werden.

Reinheits-Milliarden Mark sind bereits an Arbeitslosenentlohnungen gezahlt worden, so daß die Erde 1919 wohl die fünfste Milliarde voll gemacht werden wird. Mit der Reichsregierung sind zwei Wochen in Chemnitz, woher wir jährlich 10 Millionen Arbeitslosenentlohnung zu zahlen haben. Die Arbeitslosenentlohnung machte also in einem Jahre die Hälfte davon aus, oder so viel, als vor 1914 das deutsche Reich überhaupt Schulden gehabt hat.

Selektionen in Dresden. In Dresden werden die wichtigsten Maßnahmen vorbereitet, um die unerfahrenen Arbeiter und Arbeiterinnen, über deren Beschäftigung der Stadtrat beim Reichsamt vorstellig geworden ist, nicht abgestellt werden sollen. Die verschiedenen Reaktionen des Stadteverordnetenkollegiums haben sich zu einer gemeinschaftlichen Aktion zusammengeschlossen, und es wird voraussichtlich die gesamte Arbeiterbevölkerung in der nächsten Zeit Selektionen durchlaufen. Auch die städtische Pressekonferenz hat diesem Vorgehen zugestimmt.

Maus mit den Kränzen! Das Münchener Volksgesundheitsamt sieht in Uebereinstimmung mit der bayerischen Regierung und den militärischen Behörden, die bis zum 1. Dezember die Befehlsgewalt haben, jeden Wildschützen, also auch Teufelskrieger, als Unwähler (U) an und schlägt sie ab. So werden z. B. aus gegen 1000 preussische Studenten Minderen verfallen müssen.

Die Urkunden in Regatten wollen nicht abbrechen. In Alexandrien haben sich die Urkunden erneuert. Der Gouverneur hat demissioniert, der General Assens hat die Präsidentschaft, der Gouverneur und den Sekretär des Distriktsamts der ägyptischen Delegation in die Weidung geschickt und ihnen befohlen, sich mit ihren Anhängern nach Hause zu begeben. Er erklärte ihnen, daß er sie für die Ausschreitungen verantwortlich mache. Die Journalen „Al-Azhar“ und „Machrus“ werden verboten, weil sie die ägyptische Polizei dafür tadelten, daß sie auf die Menge geschossen habe.

Zwischen Haß und Liebe.

Roman von Erich Genstein.

(Nachdruck verboten.)

Wemerte es Man Mosen? Wahrheitslieb nicht. Der dicke schwarze Schleier war nun zurückgeschlagen und zeigte ein ganz verweintes, aber unsagbar hübsches Gesicht mit rötlichbraunen, lockigen Haaren und leuchtenden blauen Augen.

Fräulein von Rudolph gab die Schamkel nicht weiter, sondern ließ sie auf den Schultern niedersinken, um so die Hand mit einem sanften Aufstoß flüchtigen Stimmens aufzuheben, um überhört dem Lachen die letzte Rede zu erwecken.

Dann sog sie den Schleier wieder vor, um ihren Frau von Wadberg Arm und führte die unglückliche Mutter unter ihre gekleideten Trostworten hinweg.

Aber Welzner folgte den beiden unbemerkt.

4. Kapitel.

Wochen waren vergangen, ohne daß irgendein Lichtkehl in die Giftmordaffäre gefallen wäre. Bei der Polizei hielt man an dem Gedanken fest, es könne sich nur um die Tat eines Menschen handeln, der Verdächtige konnten werden. Und alle, die dabei in Betracht kommen konnten, wurden insgeheim beobachtet. Man erforderte ihr Verhalten, ihre Bewegungen.

Dabei ergab sich natürlich bei vielen willigen Reinigung von jedem Verdacht. Aber einigen aber blieb die dunkle Wolke unangenehm katastrophal schweben, und diese Unschliden erkannten bald mit Schrecken, daß irgendein geheimnisvolles Auge über ihre Schritte belauerte.

Im Ausdrücken Mut war man dagegen überzeugt, daß man ein Wohlwörter der Tat sein könne. Die Behauptungen brachten täglich freilich lange Berichte, die über jeden Schritt der Polizei unterrichteten. Man

Die Welt steigt wieder.

Basel, 23. Nov. Die Deutsche Welt ist an den Schweizer Werten fast gänzlich wieder gestiegen. Sie notierte heute 17 gegen 14,40. Wie in Schweizer Bankstellen berichtet wurde, ist die Deutsche Sparbankentlastung samstags in der Schweiz als auch in Holland gut gezeichnet worden.

Amerikas Erkennen über Wilsons Politik der Unkenntnis der Tatsachen.

In Amerika ist man erlaucht und empört darüber, daß Wilson die Union in den Krieg eintreten ließ, ohne von den Geheimverträgen seiner Verbündeten etwas zu wissen. Erkenntnis ist man sich über seine Erklärung, daß die Friedenskonferenz sich keine Grundzüge soll und ganz zu eigen gemacht habe, wo doch seine 14 Punkte überhaupt nicht zur Sprache gekommen seien. Man will sich an den Kopf greifen, ob solcher Unkenntnis der Tatsachen. Nach Wilsons eigener Erklärung sei eine amerikanische amtliche Untersuchung, ob Verträge über Geheimverträge beständen, niemals angestellt worden. Balfour hat vom Oberst House gelehrt worden, die Geheimverträge mitzuteilen, damit Amerika wisse, worin es kämpft. Aber Balfour habe dies Ergehen abgelehnt. Oberst House habe später erklärt, daß Wilson auf der Friedenskonferenz alle Geheimverträge der Alliierten besitzentzogen werde. Die Welt wisse, wie es ganz anders gekommen sei. Wilson habe wissen müssen, daß die nicht angegriffenen Mächte England, Italien, Rumänien und Japan, für eine Kriegesliga selbstverständlich die gleiche Entschädigung in Geld und Gebietsabtretungen und wirtschaftlichen Vorteilen gefordert hätten. Es wäre Wilson ein leichtes gewesen, die Beteiligung Amerikas auf die Verbindung zu knüpfen, daß alle Geheimverträge null und nichtig sein müssen. Dann hätte es eine wirkliche Friedenskonferenz gegeben anstatt einer Schein-Konferenz. Ein gut unterrichteter Präsident hätte die Zeit für Schwämme genommen über die Unwissenheit des europäischen und asiatischen Imperialismus, solange die Alliierten auf die Hilfe Amerikas angewiesen waren, aber auf der Friedenskonferenz brachte man Amerika nicht mehr. Wilson hat alles mit französischen Augen gesehen und bildete sich ein, mit seinen eigenen Augen zu sehen. Die Ungewissheit des Präsidenten und sein Mangel an Rückgrat habe zur Folge gehabt, daß der Friedensvertrag ein Justizurteil geworden ist, welches infolge der Ungerechtigkeit und seiner Gehärgen einen wirklichen Väterbund unmöglich macht.

Clemenceaus Präsidentenentscheidungsdatum. Es steht in Paris so gut wie fest, daß die Präsidentenschaft Clemenceaus angeboten werden soll und daß Clemenceau sie auch annehmen wird. Die Zusammenfassung der neuen Kammer stößt jeder Zweifel an einem glänzigen Resultat der Kandidatur Clemenceaus aus.

Verbot der deutschen Speranzteile im Saargebiet. Die obere Verwaltung des Saargebietes hat eine Bekanntmachung, nach der der Verkauf des Saargebietes verboten wird, sich an der gegenwärtig zur Zeichnung aufliegenden deutschen Anleihe zu beteiligen. Die Banken haben, dem Chef der Service Financier ein Verzeichnis derselben zu übersenden.

Vermischtes.

In einer Woche etwa eine Million Hilo Speisefett beschlagnahmt. Die vom Reichswirtschaftsministerium getroffenen Maßnahmen zur Rohmiegung der wüsten Einfuhr und des Schlichthandels an den Grenzen, beginnen, wie offiziös gemeldet wird, sich geltend zu machen. In der Woche vom 16. bis 23. Oktober wurden von den verschiedenen Lebensmittelorganen an den Nordsee-, West-, Nord- und Südwürttemberg insgesamt über 924 Tonnen Butter, Sechsmal der Reichsstelle für Speisefett

fette zugeführt. Noch größer sind die beschlagnahmten Fischmengen, die sich über eine Million Kilo belaufen. Es folgen Fleischmengen mit 707 Tonnen und Teile und Fette mit 649 Tonnen. An Gemüße und Obst wurden 270 Tonnen und an Eier 5,5 Tonnen beschlagnahmt. Das Quantum des beschlagnahmten Jutes belief sich auf 44 Tonnen. An sonstigen Nahrungsmitteln fielen 72 Tonnen in die Hände der Beamten. — Diese Maßnahmen mögen sich an dem Papier sehr schön ausnehmen. In Wirklichkeit hat diese Beschlagnahme den Erfolg, daß die Schlichthandelswaren infolge des erhöhten Preises teurer werden, ohne daß sich bei der staatlichen Nationalisierung ein Erfolg der Beschlagnahme durch Erhöhung der zugeleiteten Lebensmittelmengen zeigen wird.

Ein Millionenchieber. In Hamburg wurde der Kaufmann E. Weyer verhaftet, der eine große Schmalzfabrikung in Bielefeld von etwa neun Millionen Reichsmark überführt wurde. Ein erheblicher Teil der vom Ausland eingeführten Ware konnte erfaßt und beschlagnahmt werden.

— Zur Wahrung der Wohnungsnot ist durch Preisbauten, obwohl 750 Millionen Reichsmarkunterstützung gegeben wurden, verhältnismäßig wenig geschehen, denn das Bauen ist zu teuer und die Materialien sind zu knapp. Es wird auch in neuen Jahren nicht viel mehr werden, wenn sich die Rohstoffe nicht ändern, und es zu spät ist, keine große Anleihe zu tätigen, die nicht unterliegt werden müssen. Nur kann das Schwerkere nicht mehr auf Beton- und Barackenbauten gelegt werden. Mit einer getätigten Erhöhung der Miete ist wenigstens ein Versuch zu machen, denn heute sind viele nicht mehr als Mietskasernen-Ausgaben zu konstatieren, die lieber zur Bedeckung der wirklichen Mietskosten verwendet werden könnten, damit das Bauen gefördert wird. Als Lösungsmittel sind die Wohnungsverbände nützlich überlassen. 1914 waren zahlreiche leerstehende Wohnungen. Seitdem haben sich viele neue gebaut, die Kriegesverhältnisse kommen hinzu. Trotz der vielen überaus großen Wohnungsnot, obwohl Zugang und Abgang sich eigentlich ausgleichen haben sollten, wobei kommt also der Mangel? Es scheint weniger an der Zahl der Kriegstruppen zu liegen, als an der Zahl der beanspruchten Räume.

Wohlfahrt der Ziel Nacht und Nacht. Die freien Arbeiterorganisationen wehren sich dagegen, daß nach Beilegung der preussischen Gefangenensituation freie Menschen amtlich noch immer als „Nacht“ und „Nacht“ bezeichnet werden. Sie betragen derartige übertriebene Benennungen als gegen das „Nacht“ benachteiligt und fordern die Gemeinden zur Durchführung der Zieländerungen auf. Es werden die Benennungen „Landwirtschaftliche“ oder noch einfacher „Landarbeiter“ vorgeschlagen.

Ein furchtbarer Gattenmord. Die Polizei in Odra, Kreis Danziger Höhe, hat dort einen Gattenmord entdeckt, wie er furchtbarer kaum zu denken ist. Seit Anfang September d. J. war die etwa 30-jährige Ehefrau des geadelten Gutsbesitzers Gutsbesitzer Bruno Zier aus Odra verschwunden, ohne daß ein Spur von ihr gefunden wurde. Der Gattenmord erfuhr auf dem Gemeindeamt in Odra und gab an, seine Frau sei in den Kreis Berent gefahren und habe viel Geld mitgenommen, um sich und Lebensmittel zu kaufen. Er sprach die Vermutung aus, seine Frau könne verraubt und ermordet worden sein. Daraufhin wurde von der Polizei sofort Ermittlungen nach dem Verbleib der Frau angestellt, die jedoch erfolglos waren. Ein anonymes Schreiben an die Eltern der Frau brachte den Stein ins Rollen. Darin wurde behauptet, Zier habe nach dem Verschwinden seiner Frau den Schwemestall mit neuen Viehen ausgefüllt. Es möge im Schwemestall nachgesehen werden, ob Zier dort nicht etwas der Leiche seiner Frau vergraben habe, nachdem sie ermordet worden sei. Dieses Schreiben wurde der Polizei in Odra eingeschickt, die nun Nachforschungen an der bezeichneten Stelle anstellen lassen.

Welzner war gestern Abend bei mir. Der Polizeirat hat mich auf einen merkwürdigen Umstand aufmerksam gemacht, der uns in der Tat bisher entgangen ist. Bitte, lesen Sie diese Sätze hier im „Belegblatt“! Es wies mit dem Finger auf die betreffende Stelle.

Schindler nahm das ihm gereichte Blatt und las halblaut: „Die Wirkung der Billen ist verblüffend. Es tritt eine sofortige Erhöhung der Arbeitslosigkeit ein. Bestimme über Erwerbslosentlohnungen werden unmittelbar danach stehend bewältigt.“

Der Polizeirat blinzelte entsetzt auf. „Nun und —? Dies haben wir wohl schon hundert mal gelesen! Was tritt denn Ihr Schilling bald Belonders heraus?“

„Oh — er findet mit Bezug darauf den Zeitpunkt auffallend, in dem die Billen nach dem Verbleib der Leiche“

„Wieso? Erklären Sie mir das deutlicher!“

„Eigentlich hatte an diesem Abend weder geistige noch körperliche Anstrengungen vor. Er wollte zu Hause bleiben und zeitig zu Bett gehen. Er schrieb einen gewöhnlichen Liebesbrief — mozu bedurfte er dabei einer künstlichen Erhöhung seiner Arbeitskraft? Es ist in der Tat sehr auffallend, daß er mitten im Briefschreiben auf die Idee kam, dies, wie der Prospekt sagt, unmittelbar wirkenden Billen zu nehmen. Wo er zudem noch aufstehen und sich ein Glas Wasser holen mußte!“

„Auffallend oder nicht — er tat es eben. Für uns kommt doch nur diese Tatsache in Betracht!“

„Bleibt doch nicht, Herr Polizeirat! Wenn man im Rechte dieser eben erwähnten — auffallenden Tatsache die Hauptumstände betrachtet —“

„Welche meinen Sie?“

„Daß er selbst das Wort abend! Daß er gerade jenen Abend, ohne irgendeinen Grund hierfür anzugeben, nicht wie sonst bei seiner Mutter verbrachte! Daß er selbst den Diener fortstieß, und wenige Minuten später jene Billen nahm, die doch schon vierundzwanzig Stunden vorher in seinem Besitz waren — so hoch dies alles doch seltsam erscheint, nicht wahr?“ (Fortsetzung folgt.)

OSRAM liegt und fest

Oswarowko G. m. b. H., Kommanditgesellschaft, Berlin O. 17

der Folgeböhen des Staates wurde tatsächlich die Arbeit der erkrankten Frau einstellt und ihr Kopf blühte. Etwas räumte die Erinnerung seiner Frau ein. Er gab an, er habe sie im Strette darüber, daß sie zu große Geldausgaben gemacht habe, erwirgt und dann die Arbeit veranlassen.

Der Mann wird von 36 Delegationen. Seit einigen Tagen bereift er den gesamten Markt, mit Wittenberg angeht, die Delegationen im Hannover, besonders in der Reihe und in der Richtung nach Bremen. Er trägt eine größere Ledertasche mit sich, in der er kleine Flaschen mit Petroleum hat. Er erzählt den Leuten, die er besucht, daß er Dr. Fritz Steinmeyer heißt und Besitzer von 36 erkrankten Delegationen in der Nähe von Buxtehude ist. Die Delegationen hätten sein Geld verschlungen, da er keine Leistung habe, eine Barre dem Staate für so wenig Geld abzugeben, verkauft er unter der Hand, so viel er nur irgend abgeben könne. Jeder Besteller erhält ein Probebilletchen, muß aber die Hälfte des Betrages für das bestellte Quantum im Voraus zahlen. Die Samstags, die fast im Bremer Hafen verlegen sind, geben überall zahlreiche Aufträge. Das der Mann erzählt, ist natürlich alles Schwindel. Die Besteller sind um ihre Bauschiffe betrogen. Von einem Konditor erhielt er allein 300 Mark auf eine Schindlerbestellung.

Spar-Prämienanleihe und Auslandsanleihe. Wie zahlreiche Anfragen beweisen, ist das Interesse der im Ausland lebenden Deutschen für die neu aufgetragene Spar-Prämienanleihe außerordentlich reg. Es ist als sicher anzunehmen, daß ein großer Teil der Spar-Prämienanleihe von Auslandsdeutschen gezeichnet werden wird. — 50 Millionen betragen die Gewinne, die anfänglich an die Besitzer der Spar-Prämienanleihe verlost werden. Es zeichnet die Gewinnverteilung der Deutschen Spar-Prämienanleihe vor den Gewinn aus, daß niemand sein Kapital zu riskieren hat, daß jeder Zeichner an der Verlosung teilnimmt, ohne im Falle einer Mißte, sein Kapital und die Zinsen einzubüßen. Jedes Anleihestück nimmt, ohne Rücksicht auf einen bereits erungenen Gewinn, an den weiteren Zeichnungen teil, d. h. jährlich zweimal, bis die Summe in der Zeichnungsausschüttung erschöpft ist. Die Gewinnverteilung wird demgemäß außerordentlich günstig, da insgesamt 58 Prozent aller Spar-Prämienstücke, also mehr als die Hälfte, einen Gewinn erzielen, das Kapital aber einschließlich der Zinsen an den Zeichner zurückgegeben wird.

Schuldensforderungen der Kriegsanleiher können zur Zahlung der neuen Deutschen Spar-Prämienanleihe 1919 herangezogen werden. Die Forderungen auf Streichung der Schuldensforderungen ergibt dann die Reichsdruckverwaltung zu richten, wenn der Zeichner die Zuteilung seiner Zeichnung erhalten hat. Die Streichung der Schuldensforderung erfolgt dann an der Höhe der zugewiesenen Spar-Prämienstücke.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leipzig, den 26. November 1919.

Weihnachtsbitte 1919

der Weisser'schen Anstalten zu Magdeburg-Graau.

Es lag durch unsre Läden das herbe große Leid, Ihr Freunde, laßt euch rühren Zur jetzigen Weihnachtszeit! Wenn wir an euch uns wenden In diesem trübten Jahr, Reichet wieder eure Spenden In aller Lieb und Ehr.

Wir bitten um die Kleinen, Von Voi schon früh gerührt. Wie viele haben keinen, Der über gern geben! Wir bitten für die Alten, Von Sorgen reich besüßert. Zeit auf die Kinderzeit, Das kann zu euch sich freit.

Behalten an unsre Mäden Und an der Eichen Paß! O besser, daß ihr einen Erläuterung ein Weihnachtsstübchen, Der Herr von tausend Stellen Sich eure Liebe an Und mir einmal vergelten, Was ihr für ihn getan.

Die Sorge wüßt und nieder Mit ihrer Demutskraft; Doch leitet zur Erde wieder Der weite Himmelstrost, Die Sorgen angeregten In heiliger Geduld. Und keine Zeit zu legen, Was ihr für ihn getan.

Vorzüglich der Einzahlung der deutschen Spar-Prämienanleihe sind Mißverständnisse im Publikum darüber aufgetaucht, ob für jede 1000 Mark Sparprämienanleihe der Betrag von 500 Mark in Kriegsanleihe zur Angahlung nur zugelassen ist oder ob er angezahlt werden muß. Es wird hierdurch wiederholt festgestellt, daß die Hälfte jeder einzelnen Zeichnung in Kriegsanleihe gezahlt werden muß, so daß also die Zahlung der Gesamtsumme in bar unzulässig ist.

Das teure Kartenspiel. Seit dem 1. November darf in öffentlichen Lokalen nur mit Spielkarte gespielt werden, die den Stempel von 2 M. trägt. Nicht nur die Karte, sondern auch die Gäste werden bestraft, wenn beim Spiel andere Karten von ihnen benutzt werden. Die Karte haben besonders darauf zu achten, daß Gäste nicht eigene Karten in das Lokal mitbringen und diese beim Spiel benutzen.

Nur bis 100 Mark. Die Eisenbahn darf für den Kauf, Minderung, Rückzahlung der aufwärtigen Gegenstände für den nachdemiglichen Schaden, jedoch nur bis zum Höchstbetrag von 100 Mark. Es ist daher davon gewarnt, Handgepäck in höherem Wert zur Aufbewahrung zu geben.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle vom 1. Januar 1920 ab fällig werdenden Zinsausgaben nur noch bei den nachdemiglichen Ausgaben eingezahlt werden können, bei denen die dazu gehörenden Zinsen hinterlegt sind. Die Kaufleute sind daher gezwungen in Zukunft solche Zahlmitten zurückzugeben zu müssen, um nicht in Schaden zu geraten. Zum gleichen Thema wird uns von unterschiediger Seite noch geschrieben: „Was ist, welche ihre Wertpapiere selbst zu machen wir auf die am 1. Dezember d. S. in Kraft tretenden wichtigen Bestimmungen des Steuerfiskusgesetzes vom 24. Oktober d. S. aufmerksam. Danach können von diesem Zeitpunkt ab Zins- und Dividendensteuern von Bank- und Sparkassen nur eingezahlt werden, wenn die Wertpapiere oder die Zins- und Dividendensteuern bei einer Bank oder Sparkasse in Verwahrung gegeben sind, oder die Wertpapiere beim zuständigen Finanzamt für den Betrag, der angemeldet sind und der Spender durch ein bescheinigtes Verzeichnis den Betrag nachweisen kann. Dieses Verzeichnis muß dann bei Einzahlung der Zinsdividenden stets vorgelegt werden.“

Außer den Banken sind auch die öffentlichen Sparkassen, die bisher nur Kriegsanleihen als offene Deposits annehmen konnten zur Verwahrung und Verwaltung der inländischen Wertpapiere vom Ministerium des Innern ermächtigt. Die Geschäftsteile, die fester Zinsdividenden von ihren Kunden in Zahlung genommen haben, können dies fernerhin nicht mehr tun, da vom 1. Dezember d. S. die Banken, Sparkassen und sonstigen Einzahlungstellen eine Umwälzung nicht mehr vornehmen können.

In einer von der hiesigen Ortsgruppe des demokratischen Vereins einberufenen Versammlung sprach am Montag Abend Parteisekretär Herr Dr. Kaufmann-Weisenfels über Sozialisierung und Handwerkerfrage. Der Redner hält die von sozialistischer Seite geplante vollständige Sozialisierung aller Betriebe als weder im Interesse des Staates und der betreffenden Betriebe noch des Handwerkes liegend. Die wirtschaftlichen Folgen für den Staat wären unvorstellbar. Viele Unternehmungen würden durch Interesslosigkeit, Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit von Arbeitern und bisherigen Besitzern unrentabel, der körperliche Geist des Unternehmers würde unterdrückt und die Betriebe dauernd staatliche Zuschüsse erfordern. In einem Zeitpunkt wie dem jetzigen, wäre es sehr gefährlich, den niedergeborenen Staatskörper einer wirtschaftlichen Belastung, wie sie die Sozialisierung hervorbrachte, zu unterziehen. Herr Kaufmann-Weisenfels erklärte, daß die sozialdemokratischen Parteien, auch die U. S. P. D. nicht die Sozialisierung sämtlicher Betriebe wünschig. Die U. S. P. D. wolle die kleinen Unternehmungen, in denen der Meister selbst mit schafft, erhalten, nur geeignete Großbetriebe, die lediglich dazu dienen, den in ihnen angelegten Kapitalien hohe Dividenden zu verschaffen, müssten sozialisiert werden, damit nicht einzelne Betriebe, sondern die Allgemeinheit den Nutzen aus diesen Betrieben haben. In seinem Schlußwort machte der Redner den Vertretern der U. S. P. auf den Widerspruch aufmerksam, der in seinen Ausführungen und dem noch für seine Partei geltenden Erfurter Programm liege, das möglichst vollständige Sozialisierung aller Betriebe vorsehe. Auch bemerkte er nochmals, daß vom Standpunkte einer gewissenhaften Politik die Sozialisierung ein sehr gewagtes Experiment sei.

Die hiesige Vereinigung selbständiger Handwerker hatte den Syndikus der Handwerksammer Halle, Herrn Voigt, zu einer hier gestern abend einberufenen Versammlung gebeten. Herr Voigt wies zunächst darauf hin, daß hier infolge des Krieges eine unglaubliche Schuldenlast bekommen hätten. Die Kriegsanleihen und ihre Verzinsung, die Entschädigungen an Zivilisten und Hinterbliebenen, die während des Krieges gestellten Unterhaltungen, die von unseren Feinden geforderten Kriegszuschüsse drohen unsere Finanzwirtschaft zum Zusammenbruch zu bringen. Ein Staatsbankrott, den manche Stellen als den einzigen Ausweg ansehen, würde Folgen haben, von denen die Wenigsten eine Ahnung haben. Der Kredit des Reiches ginge verloren, das Ausland liefere nur gegen bare Kasse, der Zinsendienst werde eingestellt, die Lebensversicherungen würden ungültig, die Rentenzahlungen eingestellt, die Infirmitäten der Alters- und Invalidenklassen, Krankenlasten, Angehörtenversicherung usw. in ihrem Weiterbetrieb gefährdet oder gänzlich lahmgelegt. Staatsbankrott wäre Volksbankrott. Um eine derartige Katastrophe zu vermeiden, wäre die Einführung einer Steuer nötig, wie sie Deutschland noch nie gehabt habe. Es werden der Nationalversammlung in nächster Zeit die bereits seit langem angelegten Gegenstände über die Reichseinkommensteuer, die Kapitalertragssteuer und die Landesbesteuerung zugehen. Der Redner erläuterte die verschiedenen Steuerprojekte und sprach weiter über die Vermögenssteuer, Kriegsgewinnsteuer, das Grunderwerbsteuer- und Erbschaftsteuer, das sich aus der Nachlasssteuer, Erbschaftsteuer und der Schenkungssteuer zusammensetzt. Geplant ist noch die Vorlage eines Reichsnotopfers und eine Warenumschlagsteuer, die besonders höhere Abgabensteuern bringen werde als die jetzige Warenumschlagsteuer. Der Redner wies ferner auf die bevorstehende Bilanzierung hin, die derartig in vielen Handwerksbetrieben gehabt habe und auf die Schritte, die seitens des Reichsministeriums unternommen wurden, um zur Abhilfe und Wiederherstellung unternommen wurden. Die Handwerksammer sei die Stelle an die etwaige Wünsche geäußert werden könnten.

Die Kommunalisierung und Sozialisierung des Handwerks, die den Kern des gewerblichen Mittelstandes bedeuten würden, müsse auf jeden Fall verhindert werden. Wichtigste politische und wirtschaftliche Gründe sprachen dagegen. Von maßgebenden Stellen fast aller politischen Parteien sei vor einer Kommunalisierung und Sozialisierung auf das Dringende gewarnt worden. Des Weiteren bereitete sich Redner noch über Berufsämter (Arbeitsvermittlung und Berufsberatung), gewerbliche Bildungswesen, Regelung des Lehrlingswesens, hierbei erörterte er die von 10 Gewerkschaftskongresse festgelegten Verträge zum 2. Jahreswesen, die allerdings in der Versammlung wenig Anklang fanden. Er erklärte weiter, das Interesse des Handwerkes verlange die Beibehaltung der jetzigen Organisationen, (Handwerkskammer, Innungen) nur seien Zwangsinnungen angebracht. Um eine bessere Vertretung des Handwerks zu schaffen, sei der Reichsverband des deutschen Handwerkes gegründet worden, in dem die Handwerkskammern, Vertreter der Innungsverbände, Gewerkschaftsverbände vertreten seien. Dieser Reichsverband will die Interessen der Handwerker nach allen Seiten hin auf das Nachdrücklichste vertreten. — Der Vortragende empfahl der Vereinigung den Anschluß an den Verband der Handwerker und Gewerbetreibenden in Darmstadt, da nur durch solche Verbände Gruppierendes auch für den einzelnen Betreuer gelöst werden könne.

Die Reichsstellensstelle hat mit sofortiger Wirkung die Aufhebung der Vertriebsstellen von Maßstäben, Strick- und Stoppgarne veräu. Die aus den Vertriebsstellen hergestellten Maßstäbe, Strick- und Stoppgarne werden den zurzeit in den Vertriebsstellen vorhandenen Anträgen auf Befreiung von der Steuer nicht mehr. Die auf Grund des Reichsstellensgesetzes gemäß den Bedingungen für Fabrikanten von Baumwollstoffen sowie Baumwollenen Strick- und Stoppgarne vom 1. Februar 1919 zu leistenden Rückgriffrechte schon erteilten Aufträge sind auszuführen.

Neue Bestimmungen für die Viehzählung. Mit der Viehzählung am 1. Dezember ist zugleich eine Schätzung des durchschnittlichen Lebensgewichtes der Rinder und Schweine in den einzelnen Gemeinden vorzunehmen. Diese Gewichtsschätzung soll durch Ertragschüsse erfolgen, in die mit der Schätzung von Viehhältern vertraute Personen zu wählen sind.

Nur langsame Ferkelzucht. Infolge des Krieges vieler Personen- und Schnellzüge können auch dringende Ferkel in der Hauptlage nicht anders als mit Güterzügen befördert werden. Bei der langen Fahrzeit solcher Züge und dem häufigen Zögeln unmittelbarer Anschlüsse an den Übergangspunkten sind selbst dringende Sendungen oft 4 bis 5 Tage unterwegs, bevor sie den Bestimmungsort erreichen. Diese zurzeit unvorstellbaren Verhältnisse bilden eine große Gefahr für Ferkel mit leicht verderblichem Inhalt und insbesondere mit lebenden Tieren. Es wird deshalb empfohlen, von der Versendung derartiger Ferkel bis auf weiteres abzusehen.

Wahlzettel. 24. Nov. Die Stadtverordneten stimmten der Genehmigung einer Aufwandserschätzung an die unbesoldeten Magistratsmitglieder und den Stadtverordneten-Vorsitzern von je 500 M. und für die Stadtverordneten von je 300 M. aus Jahr zu. — Der Volkshochschule, bei der im Sommerhalbjahr 1100 Hörer eingeschrieben waren, soll eine Beihilfe von 5000 M. für das Jahr gewährt werden. — Die Bauhaushalte für die Veranschlagung der amtlichen Bekanntmachungen im hiesigen Tageblatt wird von 2700 auf 3700 M. erhöht. — Den Beamten, Lehrern usw. soll eine einmalige Beschäftigungsbeförderung gewährt werden, die 1000, 600 bzw. 200 M. beträgt. Die Hilfsarbeiter sollen 600 bzw. 500 M., für jedes Kind 100 M. erhalten. Die verheirateten Arbeiter sollen 300 M. die ledigen Arbeiter 200 M. und für jedes unterhaltspflichtige Kind unter 14 Jahren 100 M. bekommen. — Fünf unbesoldete Stadträte, die bisher auch ein Stadtverordnetenmandat innehatten, legten das Amt als Stadtverordnete mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung nieder.

Magdeburg. Aus Artillerieregiment Spandau waren kürzlich auf unangelegte Weise zwei Waggonen entleert worden. Bei dem recht hohen Werte, den das zurzeit besitzt, und der regen Nachfrage, die für solches Material allenthalben herrscht, war die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Ladung Schleichhändlern zugeführt werden sollte. So war es denn auch, daß machte die Militärpolizei die Reichswehrbrigade des Schutzbereichs einen Bericht über ihre Rechnung. Die Waggonen wurden in Magdeburg beschlagnahmt und dem Eigentümer, dem Reichswehr Spandau, wieder zugeführt.

Ausnahmezustand über Kreis Bitterfeld. Unter Berufung auf ihre Arbeitslosigkeit verlangten Vertreter der Arbeiterschaft in Bitterfeld ein Anleitens des Bitterfeld, daß am 1. Dezember der Betrieb weiter geführt werden sollte. Die Verteilung konnte bis mit Rücksicht auf die geistlichen Bestimmungen, die die Sonntagruhe nicht gestatten. Darauf drang eine vierhundertköpfige Menge in das umfriezte Bestitztum des Direktors und zwang diesen unter Drohungen die Arbeitstätigen freizugeben. Zur Unterstreichung der Arbeitstätigen bei Wiederherstellung der Befähigung und Ordnung haben Truppen der Reichswehrbrigade Bitterfeld besetzt. Daraufhin trat die Arbeiterschaft des Anleitens in den Streik, verlangte Zurückziehung der Truppen und Aufhebung der Haftbefehle. Ohne jeden Grund trat dann die Besatzung des Werkes Elektron weislich Bitterfeld, auf dem ein Teil der Lichterzeugung Berlin beruht, in den Streik, mit dem sie schon seit mehreren Tagen droht hatte. Dadurch wird die Kraftlieferung an die Reichshauptstadt bedroht. Unter diesen Umständen sah sich der Militärbesatzungsabteilung genötigt, den Ausnahmezustand über den Kreis Bitterfeld zu verhängen.

In Glaucha ist der allgemeine Adressenbuch wegen der Kohlenknappheit auf 4 Uhr nachmittags festgesetzt worden. Hauskaltungen, die Beschlüsse in mehr als 5 Zeilen im Portrat haben, haben vorläufig keinen Anspruch auf Verteilung. Zur Nachprüfung der Besätze werden Kellerdurchsuchungen vorgenommen.

Was bringt die Deutsche Spar-Prämienanleihe?

Jedes Jahr
M. 50.— Sparginnen
für ein Stück von 1000 Mark.

Jedes Jahr

25 000 Bonusgewinne von
1000 Mark bis 4000 Mark.

Jedes Jahr

5 000 Gewinne gleich
500 000 000 Mark.

Zeichnungen bei allen Bankgeschäften, Banken, Sparkassen u. Genossenschaften.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Abonnementpreis: Die fünfgehaltene Kopypresse 25, Bekleidungsstücke 40 B.

Abnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Bezüge und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 2,10 RM, von unseren Boten ins Haus gebracht 2,35 RM und durch den Briefträger 2,35 RM.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von unseren Boten und allen Postämtern angenommen.

Ankündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 139.

Donnerstag, den 27. November 1919.

58. Jahrgang

Das Urteil der Geschichte.

Wie Deutschland in seinen Auseinandersetzungen mit der Entente sich für sein Recht auf das Urteil der Geschichte, das heißt einer unparteiischen, auf den klaren Tatsachen beruhenden Zukunft berufen hat, so hat das auch Feldmarschall Hindenburg vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Berlin für den Standpunkt der obersten Deereesleistung während des Krieges getan. Wir erinnern daran, wie das gewaltige Drama von 1914—1919 die Weltungen nicht nur mitgeriffen, sondern auch durchdrungen hat, und es kommen so viele Gesichtspunkte in Betracht, daß erst die spätere Beurteilung das Bild von dem Unmenslichen trennen und an der Hand der Folgen feststellen kann, worauf es ankommt. Niemand wird es wagen, Hindenburg Entstellungen vorzuerweisen; nur das dürfen wir nicht vergessen, daß der Soldat anders denkt, als der Politiker. Das war auch 1871 so, und das damals Politik und Militärwesen zwei gleichwertige Vertreter besaßen, während jetzt die Politik das klare Ziel ersehnte und ihn auch nicht durch eine Verständigung mit der Obersten Deereesleistung herbeizuführen vermochte. Es fehlte diejenige Persönlichkeit, die einen autoritativen Willen besaß.

Unsere Friedenspolitik vor 1914 hat verlagert. Dieser Ausdruck Hindenburgs ist unanfechtbar. Und sie mußte verlagern, weil bei uns der Sinn für die brutale Wirklichkeit im Auslande fehlte. Unsere leidenden Stellen haben die Träger der fremden Staatsinteressen so, wie sich dieselben mißachteten, nicht, wie diese waren. Und wenn die im Schlangensinn und bei heute noch nicht frei. Es wird immer noch an den aufrichtigen Friedenswillen Wilsons geklopft, obwohl doch ohne des Präsidenten schwebende Zustimmung die englische Hungerblockade gegen Teuchland niemals hätte einsehen, niemals auch der Verdacht auf die 14 Punkte hätte fasthalten können. Teuchland war friedlich, aber diese aufrichtige Gesinnung ist uns niemals gebahrt worden, auch von seinen Vorkämpfern, auf deren Einfluß der letzte Kaiser so sehr gebaut hat.

Die Macht und Stoffverhältnisse im Menschen, Munition und Waffen waren für uns bei Kriegsbeginn schon ungenügend, und sie vergrößerten sich später noch mehr. Schon vor dem Krieg war die Deereesleistung demüht, der Krieg so schnell wie unglücklich zu einem ehrenvollen Frieden zu bringen, und sie hat auch den U-Bootkrieg als ein Mittel zu diesem Zweck betrachtet. Hätte das deutsche Volk aber bei Zeiten den vollen Gehirns das Besondere gefaßt, so wären wohl jene geheime Unternehmungen vermieden, die schließlich zu Zusammenstoß und Revolution führten. Der Tagesstil war bei uns sehr stark. Das er gelitten hat, daran war der Parteipolit nicht ohne Schuld. Aber dieser Parteipolit hätte sich nicht zu entfallen können, wenn ein zielbewußter Führer vorhanden gewesen wäre. Wenn wir immer wieder auf diesen Mangel stoßen, so müssen wir indessen hinzufügen, daß es den Reichstagsparteien an Männern gebrach, welche die Führung hätten führen und führen können. Wir brauchen uns nach keinem Staatsmann von der kalten Härte Clemenceaus zu sehnen, aber wir hatten nicht einmal einen von seiner Energie. Und Clemenceau war, bevor er Ministerpräsident wurde, einfacher Abgeordneter.

Wir wollen die folgenden Tatsachen zusammenstellen, sie werden manchen der Leserung und der Einsicht näher bringen. Deutschland kam in den Krieg, weil ihm für seine Politik die richtige Beurteilung des Auslandes fehlte, das uns zum Teil politisch oder wirtschaftlich vernichten wollte. Es traute America zu lange und legte sich daher militärisch weiter fest, als seinen Kräften entsprach. Als der U-Bootkrieg zu werden begann, setzten auch die Wiener Industriellen ein. Der Vermittlungswille der Entente wuchs, und bei uns vor und neben der revolutionären Agitation Gemütskur, Panikerei, Schleichhandel und Hunger, Ungehörigkeit und Hunger standen gegenüber im Innern und äußeren Unterstützung, Americas Uebermacht und der Zusammenbruch der Mächten schämten das Teuchland, und als Wilson bei einer Wendung der Staatsform einen milden Frieden in Aussicht stellte, kam die Revolution.

Frankreichs Maß.

Keine Bewandlung unserer Gefangenen vor Inkrafttreten des Friedens.

Auf die deutsche Kriegsgefangenenliste an Frankreich, hat Clemenceau am 15. ds. Mts. in einer Note

geantwortet, die erst jetzt, nach über zehn Tagen, von der deutschen Regierung veröffentlicht wird. Der Grund dieser Verzögerung ist noch anzuklären.

Die ihrem Inhalt nach unerhörte Note Clemenceaus schließt sich in ihrem spirituellen Ton, in ihren gemeinen Anschuldigungen und Wahrheitsverwehungen allem, was besonders die französische Diplomatie sich bis jetzt uns gegenüber geleistet hat, nicht an, ja übertrifft manches noch. Die französische Note führt ein einziges mal den Inhalt der deutschen Note auf, die auf die tiefe seelische Erschütterung der Gefangenen und deren Familien hinweist und auf die menschlichen Empfindungen — es klingt wie Hohn, wenn Clemenceau sich so ausdrückt, der französischen Regierung appelliert, die andererseits auch die Aufgabe der Heimförderung der in den Händen der anderen Mächten befindlichen Gefangenen zur Begründung ihres Verlangens anführt.

Seine Abweisung vom Friedensvertrag.

Auf die von der deutschen Regierung angeführten Behauptungen der französischen Regierung eingehend



Frankreich könne es diesen Ungläublichen nicht zumuten, die zu den ersten dringenden Wiederherausarbeiten herangezogenen Gefangenen, die übrigens materiell und moralisch gut behandelt würden (?), fortzusetzen. Unwissenheit, als noch keine Verständigung erzielt sei, unter welchen Bedingungen zivile deutsche Arbeitskräfte Frankreich zur Verfügung gestellt werden sollten. Deutschland verlangt die vorzeitige Erfüllung seiner Vertragsbestimmungen. Aber jedesmal, wenn ihm „Maßnahmen zur leichteren Ausführung der Friedensbedingungen“ (1) nahegelegt würden, verzögerte es sich hinter dem Buchstaben des Vertrages, so in Schleswig und in Oberfranken, und erklärte, von seinem Recht bis zuletzt Gebrauch zu machen — Man bedauert, dies ist ein Vorwurf, der Deutschland gemacht wird! Clemenceau weist den Deutschen dann vor, sie verzögerten sogar die Ausführungen des Waffenstillstandes. Er erinnert an Capa Fluv und an die Balkanangelegenheit. Er schließt der deutschen Regierung noch unter, daß sie mit ungenügender Geduld in die Kriegshilfen und überall gegen die Verbündeten eine verhängnisvolle Propaganda betrieb (1). Die Note schließt mit den Worten:

Wir schulden Teuchland nichts als die genaue Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages, den es am Ende des erbarminungslosen Krieges angenommen hat, eines Krieges, den Teuchland den zivilisierten Völkern aufgeschwommen hat.

Wie blutiger Hohn wirkt am Schluß der Note die schäblich diplomatische Höflichkeitssformel: Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneter Hochachtung usw.

Die Verantwortung dieser Note wird, wie von der händiger Seite mitgeteilt wird, mit größter Fleißarbeit ausgearbeitet. Wie wäre es, wenn unsere Regierung sich nicht nur auf die tatsächliche Nichtleistung der ummähren und böswilligen Behauptungen Clemenceaus beschränkte, sondern den Spiegel umdrehte und den Franzosen eine Gegenrechnung aufstellen würde, die die von den Franzosen tatsächlich verübten Grausamkeiten in das grelle Licht stellte? Sie würde nicht zu unseren Ungunsten ausfallen.

Das vor allem aber dürfen wir alle die Forderung auf unerschütterliche Herausgabe unserer Gefangenen nicht aufgeben, sondern jetzt mehr denn je und lauter als je man muß der Ruf nach unseren Gefangenen ertönen. Ma.

Können wir mit dem Auslande noch konkurrieren?

Wenn man die Lohnverhältnisse vergleicht, dann nicht. Ordentlichen Schreien geradezu ruft eine amtlich italienische Lohnstatistik hervor. Danach fliegen u. a. die Mindestlöhne von 1. 1914 bis zum Juni 1919 folgendermaßen: Maurer von 0,45 bis 1,60 Lire (233 b. S.), Schreiner von 0,37—1,30 Lire (251 v. S.), Schneider von 0,34—1,26 Lire (253 v. S.), Schmiedelänger von 0,32—1 Lire (212 v. S.), Buchbinder von 0,22 auf 0,75 Lire (251 v. S.), Landarbeiter von 0,42 auf 1,50 Lire (212 v. S.), Schiffsführer von 0,65 auf 1,35 Lire (108 v. S.), Dreher von 0,38 auf 0,95 Lire (145 v. S.), Arbeiter von 0,35 auf 0,75 Lire (114 v. S.), Arbeiter von 0,31 auf 0,74 Lire (139 v. S.), Kleinfabrikarbeiter von 0,34 auf 0,80 Lire (135 v. S.), Arbeiter von 0,55 auf 1,40 Lire (135 v. S.).

1 Lire war vor dem Kriege soviel wie 1 Franc, also 80 Pf. Wenn unsere Löhne da fortbestehen, können wir selbst bei ganz geringer Leistung der gegangenen „Italianni“ nicht konkurrieren.

Einsetzen schließt uns die Welta-Misere.

Wir müssen uns ihrenwillen die Hölle in Gold zahlen lassen, und das ergibt ungefähr dasselbe Bild, das das Sinken der Welta, des Wertes unseres Geldes im Auslande, bedeutet. Das am 1. 8. in Kraft getretene Gesetz über die Entschädigung der Hölle in Gold schreibt bei der Entschädigung der Hölle in deutscher Währung die Inflation eines Aufschlags vor, der vom Finanzminister festgesetzt wird. Dieser Aufschlag hat sich bisher wie folgt entwickelt:

3. 8. bis 9. 8.	240 b. S.
1. 9. „ 6. 9.	365 „
5. 10. „ 11. 10.	425 „
16. 11. „ 22. 11.	690 „

Aus diesen Aufschlägen läßt sich erkennen, welchen Wert die Reichsregierung unserer Papiermark im Verhältnis zum Golde noch beizumessen. Der durch den Wertverlust des Geldes im Auslande ermittelte Wert ist bekanntlich, — wie jeden Tag die Preisverhältnisse der Auslandsverträge zeigt, — noch erheblich geringer; und dieser Verfall wirkt g. It. auch preislich gegenüber dem Auslande, wenn auch nur in sehr geringem Grade; und die Ausfuhr fördert, daher unsere Konkurrenz mäßigend. Aber wenn unsere Welta eines Tages wieder höher geht und wenn dann unsere Arbeiter von der hohen Löhne nicht ablassen wollen, dann wird der Augenblick kommen, wo wir außer Stande sind, Produkte unserer Arbeit ins Ausland zu verkaufen — die Not bei uns die Arbeiter zur Einsicht gebracht haben wird.

Unsere Gefangenen in Indien. Die Reichsregierung hat die Gefangenen in Indien befreit mit. Dagegen die Gefangenen und Aufgefangenen seitens der englischen Regierung bereits vor einiger Zeit grundständig genehmigt worden ist, verzögert sich der Abtransport leider immer noch durch Schwierigkeiten, die bei Beschaffung des geeigneten Schiffes zu überwinden sind. Inzwischen ist die britische Regierung durch die schäblich neutrale Einstellung geblieben worden, die erforderlichsten Maßnahmen zu treffen, die aus Gründen der Menschlichkeit den durch jahrelange Gefangenschaft körperlich und seelisch außertun niedergedrückten deutschen Kriegs- und Aufgefangenen in Indien bis zu ihrem Abtransport in die Heimat möglichst Freiheit der Bewegung und sonstige, unmisslich notwendige Erleichterungen über

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

bringen jährlich 50 Mark Sparzinsen, außerdem Bonus und Gewinne